

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Soko-, Jen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt mit-  
entgeltlich. Abonnement pro Quartal MK. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. 1915  
Redaktionsbüro Montag morgen 10 Uhr.

Interaktionspreis pro dreispaltiger Zei-  
telle 50 Pfg., für die Zeilstellen 30 Pfg.

## zur Frage der Arbeitsbeschaffung für Kriegsverletzte.\*

Die wichtige und schwierige Frage, wie den vielen Kriegsverletzten dauernd eine sie befriedigende Arbeitsmöglichkeit beschafft werden kann, wird in der Öffentlichkeit andauernd eifrig erörtert. Unter die Stimmen dieser die wasser Begeisterung in der ersten Kriegszeit von dem guten Willen der Unternehmer eine ausreichende Erledigung der Frage erwarteten, mischten sich auch bald zweifelnde, die erklärten, es müsse nüchtern geprüft werden, wieviel Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß man dauernd befriedigende Wichtungen allein vom guten Willen der Unternehmer erwarten könne. So wird in der bekannten Denkschrift der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft über den Dienst des Vaterlandes an den Kriegsinvaliden und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger gesagt, die Heilung der Verletzten und Kranken bis zu dem Grade, daß sie wieder mit Beschränkungen arbeiten könnten, bleibe ein Messer ohne Klinge, von dem das Heft verloren gegangen sei, solange sich nicht die Erwerbsfähigkeit auch entsprechender Erwerbsmöglichkeit gegenübergestellt sehe. Alle Freude über erlangene Heilerfolge schlage um in Mutlosigkeit, Verzweiflung und am letzten Ende in Haß gegen die bestehenden Einrichtungen und die diese leitenden Persönlichkeiten, wenn bei allem Suchen nach Arbeit solche nicht auffindbar sei. Das zeige sich täglich an untern Friedens-Invaliden. Weiter wird auf das Urteil eines Arbeitervertreters verwiesen:

In Industrie und Handel ist ein Arbeiter vom andern abhängig. Stößt die Arbeit an einer Stelle, so ist sie überall gehemmt. Der industrielle Großbetrieb mit dem immer raffinierter ausgeübten System des speeding up — es gibt kein deutsches Wort dafür — braucht volle gesunde Arbeitskräfte. Selbst der gesunde Mensch, wenn er 40 bis 50 Jahre alt ist, gilt schon oft nicht mehr als voll, wird nicht mehr gern in einem Betrieb neu eingestellt. Was soll hier der Einarmige, der Rahme erst anzufangen. Das ganze Arbeitstempo duldet solche Menschen mit herabgesetzter Leistungsfähigkeit nicht mehr.

Allerdings muß hier betont werden, daß die Scheu der Unternehmer vor dem „zu alten“ Arbeiter in sehr vielen Fällen dem Bestreben entspringt, die eigene Betriebskrankenkasse durch ungünstige Risiken nicht zu belasten. Wo es keine Betriebskrankenkassen gibt, wird im allgemeinen nicht jenseit Wert darauf gelegt, nur jüngere Arbeitskräfte zu bekommen. Das sollte dann ein weiterer gemächlicher Grund sein, durch Aufhebung der Betriebskrankenkassen das Risiko gerecht zu verteilen.

Es heißt in der Denkschrift der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft weiter, es möge sein, daß in der ersten Zeit gehobener vaterländischer Begeisterung und Opferfreudigkeit viele Unternehmer bei der Einstellung von erwerbsbeschränkten Kriegsverletzten wirklich taten, was in ihren

Kräften liege; doch würden dennoch beim ersten größeren Konjunkturaufschwung in der Industrie die Invaliden zuerst „abgehoben“ werden. Die Rückkehr in die alten Verhältnisse der Heimat sei ja bei den Kriegsverletzten das Natürliche und Selbstverständliche, und sie werde sich überall automatisch vollziehen. Doch sei auch zu prüfen, ob der Verletzte in neuen Verhältnissen nicht besser fahren könne. In der Denkschrift werden dann genossenschaftliche Kleinwerkstätten in gartenmäßiger Umgebung empfohlen, die Qualitätsarbeiten herstellen sollen. Diese Werkstätten sollen vorwiegend, aber nicht ausschließlich für Kriegsverletzte berechnet sein und bestehenden Gartenstadt-Genossenschaften eingegliedert werden. Doch scheint uns da die Frage der dauernden ausreichenden Arbeitsbeschaffung

**Schickt das Verbandsorgan  
regelmäßig ins Feld!**

Einem uns zugegangenen Feldlazarettbriefe entnehmen wir folgende Stellen:

**Heute, Sonntag, erhielt ich die von mir gewünschte Zeitung und ich muß sagen, da sich hier zurzeit sehr viele Berufs-Kollegen befinden, wurde sie mir begierig aus der Hand gerissen, zumal wollte jeder gern den Artikel ..... lesen. .... Ich aber sage für die bereitwilligste Zusendung, die große Freude, allerherzlichsten Dank.**

gewiß nicht weniger schwierig, als sie es im allgemeinen ist. Auch kommt sehr in Frage, daß den vielen Kriegsverletzten nicht genügend damit gedient ist, wenn einige Gartenstadt-Genossenschaften in die Zukunft weisende gute Einrichtungen schaffen, die bestenfalls in den nächsten Jahren nur einem recht geringen Teil Verletzter voranzuhelfen könnten.

Auch in der Schrift Kriegsinvaliden-Gesellschaften, ein neues Genossenschaftsprogramm von Dr. Deumer, wird darauf verwiesen, daß sich bei der Arbeitsvermittlung für Kriegsverletzte Schwierigkeiten herausstellen würden „mit Rücksicht auf den allgemeinen Konkurrenzkampf und den volkswirtschaftlichen Grundsatz, daß ein Betrieb durch Belegung nur von vollwertigen Arbeitskräften rentabel zu erhalten“ sei. Deumer erwähnt folgende Regelung:

Auch hier könnte man daran denken, Betriebe von einer gewissen Größe und mit einer gewissen Arbeiterzahl gesellschaftlich zu zwingen, nach Verhältnis ihrer Größe und Arbeiterzahl Kriegstrüppel als Arbeiter aufzunehmen. Mir scheint dieser Vorschlag, den ich bisher noch nirgends gefunden habe, sehr gut durchführbar. Er läßt die Möglichkeit zu, daß ein großer Prozentsatz von Kriegsinvaliden ein für allemal wirtschaftlich untergebracht wird. Er behält, daß Betriebe, die anfänglich eine gewisse Zahl von Kriegstrüppeln aufgenommen haben, sie wieder abgeben können, etwa unter Berufung darauf, es könne ihnen nicht andauernd zugemutet werden, ihren Betrieb mit unrentablen Arbeitskräften zu belasten. Man müsse auch bedenken, daß es sich nicht um eine vorübergehende Unterbringung der Kriegstrüppel handelt, daß, sondern um eine dauernde, ja um eine gewissermaßen gesicherte Ergänzerwerbsschaffung, die, so bescheiden sie auch sein mag, doch den Invaliden vor den Wechseljahren und Schwankungen jener Beschäftigungsmöglichkeit bewahrt.“ Da

fragt es sich aber, ob die solcherart durch Zwang „geschickten“ Kriegsverletzten gerade deshalb nicht doch im Betriebe manches auszustehen hätten. Müßer läge ja, wenn besonders die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe in herausragendem Verhältnis Kriegsverletzte dauernd beschäftigen würden. Deumer empfiehlt in seiner Schrift eine Zuteilung der Kriegsverletzten in Gruppen von etwa zweihundert bis dreihundert an bestimmte industrielle Erwerbszweige, wobei die Auswahl so erfolgen soll, daß hinsichtlich der Art der Vertrupplung eine tatsächliche Eignung für die Verwendung in dem betreffenden Erwerbszweige vorliegt, oder daß durch sinnvolle Mischung der Vertrupplungsart eine zweckmäßige Ergänzung hinsichtlich der Funktionsverrichtungen Platz greift.

Über diese „sinnvolle Mischung“ heißt es an anderer Stelle der Schrift:

„Es ist nichts weiter, was verlangt wird, als ein zweckmäßiges, funktionsprechendes Einanderhelfen und Helfen bei einem gewissen Arbeitsprozeß, ein Ausgleichen geschwächter oder lahmgelagerter Funktionen durch solche ungechwächter und gesunder Art. Ein Sichergangen und Zueinandergreifen von Funktionen, die der eine Invaliden besitzt, ein anderer entbehrt, durch Zusammenhalten im Arbeitsprozeß aber eine einheitliche Kraft abgeben, so daß eine negative Funktion eines ihrer Träger jedesmal ergänzt wird durch eine positive Funktion eines andern Trägers. Dieses Zusammenhalten von negativen und positiven Funktionen ergibt eine potente Einheit aus zwei Faktoren, die für sich — in ihrer Isolierung — wenn nicht hilflos, so doch niemals in der Lage wären, einen komplizierten Arbeitsprozeß mechanischer oder technischer Art zu vollenden. Solcher Ausgleich der Funktionen wird sich massenweise unter der großen Menge der Kriegstrüppel anscheinend feststellen lassen. Eine ganze Reihe von Kriegsverstümmelungen sind einheitlicher Art — es wird eine große Gruppe armlöser und beinlöser Kriegstrüppel geben, die sich auf diese Weise bei irgendeinem Arbeitsprozeß in ihren Funktionen speziell technischer Art ausgleichen können; so können Blinde die Funktionen der Tauben ersetzen, jene die der Blinden.“

Deumer meint, eine Härzung der Kriegsbekämpften lasse sich in großen privaten Betrieben ebenfalls nicht vermeiden, auch hätten Kriegsbekämpfte in ihrem Streben weniger Gelegenheit zu Vergleichen, als wenn sie neben körperlich gesunden Arbeitern tätig seien, deren vollwertige Leistungen sie nicht erreichen könnten. Dem kann aber nicht beigepunktet werden. Das „System“ Deumers erscheint uns zu sehr erradnet, zu getünchelt, und wir glauben nicht, daß es sich in der Wirklichkeit bewähren würde.

Bis in größerem Umfang Besseres geschaffen ist, wird es sich bei den Kriegsbekämpften doch wohl im allgemeinen um eine Rückkehr in ihre alten Verhältnisse handeln, weshalb es zurzeit in der Hauptsache darauf ankommt, die Dinge insoweit für die Verletzte bestmöglichst zu gestalten und dann nach Mitteln zu suchen, die einer Verschlechterung für die Zukunft vorbeugen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ drückt in Nummer 23 zustimmend Ausführungen ab, die Dr. Schanz im „Dresdner Anzeiger“ machte. Auch da heißt es:

„Wir werden in der Industrie eine Zeit erhalten, wo jeder Betrieb von jedem Arbeitsplatz eine volle Leistung fordern muß. Jeder Arbeitsplatz in einem Betrieb macht eine bestimmte Summe Betriebskosten. Rentabel wird der Platz erst, wenn auf ihm die volle Leistung für die zu bestimmende Zeit erreicht wird. Ein Arbeiter, der auf diesem Platz nicht die in die Kalkulation eingeschaltete Produktionshöhe erzielt, ist auf diesem Arbeitsplatz nicht fruchtbar. Eine Fabrik ist keine Wohlfühlungsanstalt. Arbeiter, deren Leistungen die Forderungen der Kalkulation nicht

\* Unsern Mitgliedern, auch den im Felde stehenden oder schon Kriegsverletzten, ist es bekannt, daß unser Verband sich seit Monaten bemüht, für die Kriegsverletzten unserer Berufsbranche Vorzüge nach der Richtung zu schaffen, daß sie unter möglichst günstigen Verhältnissen wieder Arbeit erhalten und daß, soweit die Väterci in Betracht kommt, die Arbeitgeber, mit alleiniger Ausnahme des Brotfabrikantenverbandes, bisher erfreulicherweise das Beste entgegenkommen gezeigt haben. Die vorliegende Abhandlung soll jedoch die Frage der Arbeitsbeschaffung für Kriegsverletzte noch einmal im allgemeinen unterzuchen, und sie zeigt wiederum, daß die Aufgabe von allen Seiten mit größter Gründlichkeit angefaßt werden muß, wenn die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden werden sollen.



erfüllen können nicht auf die Dauer beibehalten werden. Mit der unerschütterlichen Notwendigkeit der Zahl und der Rechnung müssen bei Wiederkehr normaler Verhältnisse oder gar bei einem ernstigen Rückgang der Konjunktur unsere Kriegserlebnisse die jetzigen Arbeitsverhältnisse in der Industrie befestigen, wenn es ihnen nicht gelinzt, auf ihren Plänen volle Arbeitsleistung zu vollbringen. Spricht man etwas Besorgtes heute aus, so klingt das, sagen wir, nicht schön. Aber es ist ganz notwendig, daß man sich die Gefahr, die unsere Kriegserlebnisse droht, Herannah und daß man sie in ihrer ganzen Brutalität der Öffentlichkeit zeigt. Nur so können rechtzeitig Vorkehrungsmaßnahmen ausgeführt werden.

Diese Notwendigkeit wird darin erfüllt, daß die Kriegsbeschädigten auf Lebensdauer gestellt werden, auf denen sie „stille Arbeit“ leisten können.

Sind es solche Fälle? Gewiß! Wer sah nun die Erwerbsverhältnisse von Krüppeln und von Invalidenleuten in Friedenszeiten gekommen hat, der sieht immer wieder auf Leute, die an Arm oder Bein schwer verkrüppelt, die sonstwie schwer beschädigt waren und die dabei doch genau soviel verdienen wie Unverkrüppelte, wie vor ihrer Verletzung, genau soviel wie ihre Arbeitskollegen, die in vollem Besitz ihrer Glieder waren. Ginge man diesen Fällen nach, so fand man, daß das geringe Resultat von zwei Bedingungen abhängig war: Die betreffenden Arbeiter hatten Arbeiten zu verrichten, die vielleicht im übrigen recht schwer und schwierig waren, bei denen aber gerade die verkrüppelten Vorkräfte oder Bewegungen oder die verletzten sonstigen Fähigkeiten entbehrlich werden können. Und zweitens hatten die Verletzten durch inneren Druck oder unter äußerem Zwange ihre Krüppelheit oder noch ihren Invalid die Kraft zu neuen Arbeitsbeginn aufgebracht.

So eine solche Anpassung in den Betrieben möglich ist, wird der Kriegserlebe ja wohl damit einverstanden sein, besonders dann, wenn nicht nur keine Lohnminderung, sondern noch eine gewisse Erhöhung des Lohnes damit verbunden ist. Doch richtet sich auch die gewichtige Frage, in welchem Umfang es möglich ist. Der Verletzte erhält seine Rente für eine entsprechende Minderung seiner Erwerbsfähigkeit. Es werden immer Ausnahmen bleiben, daß doch noch dieser Minderung bestimmte volle Arbeitsleistungen erzielt werden. Aber auch zu beachten ist, daß es nicht unangenehm ist, wenn sich der Kriegserlebe übermäßig anstrengt, um notwendig eine volle Arbeitsleistung zu erzielen. Denn dies könnte doch nur durch Anstreben an der noch verbleibenden Arbeitskraft geschehen; in manchen Fällen würde sich der Verletzte früher erschöpfen haben und früher sterben als unter anderen Verhältnissen. Es sind schon Fälle vorgekommen, daß Kriegserlebte durch Anfälle noch weiter erwerbsunfähig geworden sind. Es wäre noch betrübender, wenn solche Fälle deshalb vorlämen, weil sich Verletzte, um doch eine volle Leistung zu bewirken, über die ihnen verbleibenden Kräfte hinaus anstrengen würden.

Alles das zeigt, daß die Arbeitsorganisationen fortwährend sehr auf der Hut sein müssen, um die größtmögliche Sicherheit für die verkrüppelten Kriegserlebten zu schaffen und zu erhalten.

Aus diesem Grunde ist es auch wichtig, die Erfahrungen der Ausübenden für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu beobachten. Auf eine Anstrengung zwischen den durch äußere Verletzungen kausierten und den durch innere Krankheiten geschädigten Kriegserlebten wird ein Verbot des Fortwärtens Anstrengens hin. Es zeigt das:

Hier ist es merkwürdig, daß sich unsere Arbeitgeber im allgemeinen der moralischen Pflicht bezeugt sind, ihre früheren Angehörigen und Arbeiter, wenn deren Kriegserlebnisse es irgendwie zuläßt, auf dem einen oder einem anderen Wege wieder beschäftigen zu müssen. Und auch sonst sind die Gedankensätze des Ausübenden viel entgegenkommener bei ihrer Sachvermittlung, das heißt nur hinsichtlich der Garantie der durch Verwundung beschädigter Arbeiter. Den durch innere Krankheiten bedingten Leuten, deren Zahl immer mehr ansteigt, ist, über die gebührende Rücksicht hinaus der Arbeitgeber verlog. Es ist das ja erfindlich, weil sie als Kriegsbeschädigte nicht ohne weiteres zu erkennen sind und sich auch mancher Umständen unter sehr geringen Umständen.

Man sollte sich so recht weiter angefaßt, bei jeder Arbeit um Aufklärung an den Ausübenden denken, der die Frage, ob ein Arbeiter als Leiter des Betriebs angesehen ist, das aus reinlichen Gründe.

Es kann aber noch nicht als selbstverständlich angesehen werden, wenn die Arbeiterklasse allgemein solche Anstrengungen machen, auch wenn sie mancher Umständen unter der einen Gruppe befinden sollte. Auch durch diese schmerzhaften Anstrengungen wird wieder auf die Wichtigkeit der Regelung der Frage konstanter Arbeitsbeschäftigung zu gewinnen. Auch die Kriegsbeschädigten fürsorge.

### Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Gesamtverband des Germaniaverbandes sowie Vertreter der Gewerkschaften haben in gemeinsamer Sitzung am 1. Mai dieses Jahres eine Fürsorgepflicht für Kriegsbeschädigte und aus demselben heimkehrende Kollegen beschlossen.

Die von obiger Versammlung gewählte Kommission hat den Organisationsplan ausgearbeitet. Derselbe lehnt sich an die Einrichtungen des Germaniaverbandes an. Der Plan legt fest:

1. Das Zentralarbeitsamt (Deutsches Reich), Germaniaverband.
2. Die Bezirksämter (die Zweigvereine).
3. Die Unterkommissionen (die Zweigvereine über 50 Mitglieder).
4. Die kleinen Zweigvereine sind den größeren anzugliedern zur Bildung von Unterkommissionen (Bezirks).

Alle Beschlüsse sind an das Bureau des Zentralarbeitsamtes, Berlin, Chausseest. 110, zu richten. Geschäftsverteilung und Arbeitsplan wird in den nächsten Tagen den Herren Vorsitzenden der Zweigvereine, Obermeistern und Vorständen der beteiligten Organisationen zugehen.

### Das Zentralarbeitsamt.

J. Bernard, Vorsitzender.

In obiger Aufzählung des Zentralarbeitsamtes werden die in dieser Hinsicht stehenden Vertreter unserer Organisation der Kollegenchaft noch weitere Erläuterungen geben können, sobald die Geschäftsverteilung und der Arbeitsplan zur Verteilung gekommen sind. Ueber die ersten Verhandlungen zur Schaffung des Zentralarbeitsamtes berichteten wir in Nr. 29 an leitender Stelle. In der obengenannten Kommission haben unsere Kollegen Altmann und Henschold mitgearbeitet.

### Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden!

Ein Kollege schreibt uns aus Leipzig:

Der lehrbare Satz: Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden! ist ja wohlweislich in alle von uns abgeschlossenen Verträge mit aufgenommen worden: die lange Dauer des Krieges scheint aber auf diesen Paragraphen eine zerstörende Wirkung auszuüben zu wollen. Durch die vom Bundesrat erlassene Verordnung über die beschränkte Arbeitszeit in den Betrieben wurden ja besonders solche Betriebe in Mitleidenschaft gezogen, die vorher in Schichten und durchgehend gearbeitet hatten. Diesen Betrieben ist es nunmehr nicht möglich, verständig durch die sonstigen jetzigen Verhältnisse in Bezug auf Materiallieferung usw., ihre Rhythmen in genügender Weise mit Brot zu versorgen, und so sehen sie sich veranlaßt, ihre Arbeiter, die bislang eine längere Arbeitszeit als zwölf Stunden hatten, Ueberstunden machen zu lassen. Im allgemeinen wäre ja in Anbetracht dieser Sachlage dagegen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, wenn nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden wären! Diese sind aber vorhanden; denn die Arbeitslosenfrage ist in unserem Gewerbe in letzter Zeit wieder ganz bedeutend angeklommen! Nicht eine Gewerkschaft ist es jedoch, die arbeitslosen Kollegen sobald wie möglich ihrem Berufe wieder anzuführen. Und da konnte namentlich in den Großbetrieben, wo das Ueberstundenwesen eine feste Form angenommen hat, bei einigen guten Willen durch den leitenden Leiter ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Zwar ist den ständigen Arbeitsträgern bei der jetzigen Teuerung eine Erhöhung ihres Lohnes durch Ueberstunden recht wohl zu gönnen, aber über den persönlichen Neid das Allg. em. i. w. 11! Vielen von den arbeitslosen Kollegen, die teilweise aus irgendwelchem Grunde vom Militär entlassen sind und nichts zu heißen und zu sagen haben, könnte durch Einräumung der Ueberstunden, hauptsächlich in industriellen Betrieben, jetzt Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Auch in moralischer Beziehung läßt das viele Ueberstundenmachen bei manchen Kollegen eine unheilvolle Wirkung aus. Es gibt geradezu den Satz, daß man die Genuß der Vorzüge zu hemmen. Ist es doch schon mehr als einmal vorgekommen, daß sich solche Kollegen beim Betriebsleiter zum Ueberstundenmachen direkt angeboten haben. Daß bei diesen Kollegen die gemeinschaftlichen Prinzipien noch keine starke Wurzel gefaßt haben, sieht natürlich außer Frage, und ihr Gebaren kann nicht scharf genug verurteilt werden. Der geringe Aufschlag von 15 bis 20 % mag es natürlich den Betriebsleitern leicht, zu Ueberstunden zu greifen. Hier wäre entschieden das löbliche Verhalten unserer Berliner Jahrgänge zu empfehlen, die mit der Bewachung der dortigen Konsumgenossenschaft einen Ueberstundenlohn von M. 1.50 verdienen hat. Schatz zu verdienen ist es auch, daß in einem vertrauten Betrieb einige dort beschäftigte Kollegen vom Samstag die Sonntagsarbeit gefunden haben, ohne einen freien Tag in der Woche zu beanspruchen. Mit Bedauern an die gleichgebenden Familien, in Wort und Schrift wird man schon seit Jahr und Tag von unserer Gewerkschaft für den freien Tag in der Woche gekämpft, und diese Kollegen scheuten sich nicht, solche Behauptungen leichtfertiger Herzens zu ignorieren. Wenn auch die Kriegszeit mit ihren vielen Verordnungen, abnorm in unser Gewerbe eingedrungen, so wäre das ein glatter Tarifbruch gewesen. Nur dem Leiter des Betriebes ist es zu danken, daß er verhindert wurde. Auf alle Fälle ist bei laienhaften Betrieben in solchen Fragen eine Verständigung mit der Leitung der Gewerkschaft herbeizuführen. Daß die Kollegen bei der letzten Zeitläuten eine höhere Entlohnung erfahren, ist ihr volles Recht. Keineswegs darf aber dieses auf Kosten übermäßig langer Arbeitszeit geschehen. Um so verantwortlicher ist es, wenn noch arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Einzelgenossenschaft betrachtet es ja die Pflicht der Gewerkschaften und Konsumvereine als eine soziale Pflicht, ihren Arbeitern Teuerungszulagen zu bewilligen; aber immerhin gibt es noch eine Anzahl Be-

triebe, darunter einer der größten Genossenschaftsbetriebe Deutschlands, die dieser Pflicht verständnislos gegenübersteht. Daß diese Betriebe nicht in der Lage wären, Teuerungszulagen zu geben, ist wohl kaum anzunehmen; vielmehr durch die Geschäftsführer eines größeren Konsumvereins mit Rücksicht auf die Arbeiter mit ihrer intensiven Arbeitsleistung bis zu 20 p. Ct. ihres Lohnes als Teuerungszulage beanspruchen könnten. Fast gewinnt es den Anschein, daß bei den in Frage kommenden Betrieben das Ueberstundenwesen der Ablehnung von Teuerungszulagen Vorwand liefert. Darum sei an alle Kollegen die Mahnung gerichtet, in dieser schweren Zeit auch den arbeitslosen Kollegen Beachtung zu tragen, sich zu bemühen für unsere Organisation weiter zu wirken und bei Fragen, durch die wir mit dem Tarif in Konflikt geraten könnten, stets mit der Verhandlungsführung zu rechnen, um zu versuchen, eine Verständigung zwischen beiden Seiten herbeizuführen. Denn über dem einzelnen steht das Gesamtinteresse!

### Weitere Einschränkungen der Zuckerverarbeitung in der Süßwarenindustrie.

Einer Verordnung des Bundesrates vom 10. April, die zunächst nur die Regelung des Verbrauchs von Zucker im allgemeinen und eine umfassende Aufnahme der Süßwarenindustrie sowie die Errichtung einer Reichszuckerstelle brachte, ist am 24. Juni eine Bekanntmachung des Reichsanlangers gefolgt, die den Verkehr mit Verbrauchsucker für die Süßwarenindustrie festlegt. In den letzten Tagen ist nun noch eine Rundgebung des Kriegsernährungsamtes in die Presse gekommen, die uns weitere einschneidende Beschränkungen bringt.

Die Bekanntmachung des Reichsanlangers vom 24. Juni besagt, daß die bisher gewährte Menge des Zuckers, den die Süßwarenbetriebe verarbeiten dürfen (bekanntlich nur die Hälfte des vorjährigen Verbrauchs) nochmals um die Hälfte gekürzt werden soll. Der maßgebende § 6 der Bekanntmachung lautet:

§ 6. Für die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade erteilt die Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßwarengewerbe in Würzburg die Bezugscheine nach Maßgabe der Gesamtmenge von Zucker, die die Reichszuckerstelle hierzu für bestimmte Zeitschnitte festsetzt. Hierbei soll kein gewerblicher Betrieb, soweit dies nicht bereits geschehen ist, zu Süßigkeiten und Schokolade mehr als den vierten Teil der Zuckermenge erhalten, die er in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 hierzu verarbeitet hat. Wer im Jahre 1916 mehr Zucker erhalten, als ihm hiernach zusteht, hat insoweit keinen Anspruch mehr auf Zuteilung von Zucker.

Man sollte meinen, daß es mit dieser so ungeheuer tief eingreifenden Beschränkung der Herstellung von Süßwaren hätte genug sein können und wenigstens den Betrieben in die Art der Weiterverarbeitung überlassen bleiben würde. Denn bei der geringen Menge von Rohstoff ist es, wie rationell arbeiten zu können, an sich schon weitgehende Beschränkungen der Betriebsleitungen geworden, die Auswahl der Artikel so weit wie irgend möglich zu beschränken, und die bestehende Mangel an Spezialarbeitskräften hat außerdem dazu geführt, die Herstellung einer ganzen Reihe bestimmter Waren aufzugeben. Einzigartige Unternehmer jubelten im Interesse der Arbeiterschaft aber immerhin es zu ermöglichen, auch die Fabrikation von sogenannten besseren Artikeln, die etwas mehr Arbeitszeit beanspruchen, einigermaßen aufrecht zu erhalten, und sie konnten es auch ohne Schaden tun, denn die Betriebe haben im letzten Jahre trotz aller Einschränkungen immerhin durchgängig gut abgeköpft. Größere Betriebe haben sogar Riesengewinne gemacht, und es war deshalb einfach soziale Pflicht, daß diese verhindern, die einzelnen Abteilungen in den Fabriken weiterarbeiten zu lassen. Jetzt kommt aber das Kriegsernährungsamt mit einer Verordnung, die es verbietet, gerade solche Sachen weiter herzustellen, zu denen immerhin noch verschiedene Tausende unserer Kollegen und Kolleginnen als Spezialarbeiter beschäftigt waren! Es heißt in den bis jetzt bekannten Beschränkungen der Tagesstraße, daß verboten wird: „die Verwendung von Zucker zur gewerblichen Herstellung von Bräutlingen, Christbaum- und Osterfesten, Fruchtpasten, Geleesfrüchten, überzuckerte Mandeln und Nüssen, Schaumzuckerwaren und künstlichem Honig“. Es werden also unter Laborator- und Destillationsanlagen Inbegriff gelegt, in dem gerade auf die einzelnen Artikel verhältnismäßig noch die meiste Arbeit verwendet werden muß! Und wie zum Höhepunkt heißt es in dem Schreiben des Kriegsernährungsamtes: „die Presse: Gegen weitergehende Einschränkungen sprechen ernste Bedenken; jetzt schon können Arbeiter und Arbeiterinnen nur mit Mühe beschäftigt werden, zum größten Teil dadurch, daß die Industrie sich besonders auf solche Waren verlegt, bei der der Wert der Arbeit dem Stoff überwiegt. Das kommt die Rücksicht auf die vielen kleinen Handelsgeschäfte. Die oben genannten Waren aber werden ohne Schaden für die Verbraucher und, da dadurch Verarbeitungsstoffe für andere Zwecke frei werden, auch für die bei der Herstellung und dem Vertrieb Beschäftigten entbehrlich werden.“

Wie das Kriegsernährungsamt in dieser Weise beraten werden konnte, wird für jeden Fachmann ein Rätsel sein und bleiben! Die in Wegfall kommende Ware ist ja nicht diejenige gewesen und ist es heute noch, bei der der Wert der Arbeit den des Stoffes überwiegt. Und einige Artikel wie die Geleesfrüchte und Fruchtpasten, sind außerdem durch ihre Zusammenfassung gerade geeignet, die vorhandenen Zuckermengen in erheblichem Maße zu strecken, daß man sie in letzter Zeit immer mehr bevorzugen mußte. Ist es nicht geradezu, als wenn irgend ein fieber Spätkrieg das Kriegsernährungsamt habe auf den Heim führen wollen. Nur schade, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen dabei Leidtragende sind! Es wäre wirklich angebracht, daß die völlig verzieht und unnütze Verfügung im Interesse der Süßwarenindustrie und ihrer Arbeiterschaft schleunigst wieder zurückgezogen würde und wir können uns nur dem Protest anschließen, der, wie wir hören, auch von Seiten der Arbeiterchaft gegen die Maßnahme eingelegt worden ist. Die Arbeiterchaft müssen wir aber auch aus diesem Anlaß wieder mahnen, daß sie überall schleunigst den Weg zur Organisation findet und sich dann entschlossen an die zuständigen



Behörden werden, um bei eintretender Arbeitslosigkeit dort ihre Unterstützungsrechte geltend zu machen. Leider hat es sich jetzt betreffende Arbeiterschaft in keiner Linie an der Mitarbeit in der Organisation fehlen lassen. Möge sie das Verfallene nun in letzter Stunde noch nachholen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Von Resolutionen bis zur Ausführung der darin gewünschten oder geforderten Maßnahmen ist der Weg meistens noch recht weit. Aber es geht nicht an, unter Verletzung auf diesen oft bewährten Erfahrungsweg nachlass an den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz vorüberzugehen. Das darf zu allererst die Arbeiterschaft tun, für die eine Gestaltung des Wirtschaftslebens nach den von den Mächten der Entente aufgestellten Richtlinien ein Anschlag gegen ihre Lebensinteressen bedeutete. Für die Kriegszeit entspricht die Konfektion der Vorkriegsstandarten eine möglichst scharfe Durchführung des Verbot des Handels mit Einwohnern der feindlichen Länder, feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben mit Einzelpersonen, Gesellschaften, Personengesellschaften, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind, und den Ausbau der Abperrung- und Blockadepolitik. Was auf diesem Gebiete zu leisten war, hat England bisher schon nicht unterlassen; der gegen Deutschland organisierte Handelskrieg wird mit aller ebedentlichen Mühseligkeit die sich über alle völkerrechtlichen Grundzüge aus und den neutralen Staaten gegenüber hinwegsetzt, geführt. Die dem Gegenwartsprogramm fügen sich die Vorläufe für die Zeit nach dem Kriege an. Danach sollen alle Handelsverträge zwischen den Viererbandstaaten und den Mittelmächten für null und nichtig erklärt werden; die Viererbandstaaten sollen sich gegenseitig Vorkaufs- und Lieferungsrechte zusichern, während den Mittelmächten alle Begünstigungsklauseln verweigert werden müssen. Zur gegenseitigen Unterstützung sollen die Länder der Entente die Ausfuhr bestimmen, in ihren Gebieten gemeinsamer Rohmaterialien nach den mitteleuropäischen Ländern unterbinden; gleichzeitig soll gegen den deutschen und österreichischen Handelsverkehr mit den Rändern des Prohibitionszinses, also mit Jollen, die die Einfuhr unmöglich machen, aber mit glatten Verboten der Einfuhr vorgegangen werden. Schließlich soll Staatsangehörigen Deutschlands oder Österreichs der Betrieb bestimmter Industrien in den Viererbandstaaten untersagt bleiben.

Daß ein paar englische Blätter, die bis vor kurzem zu den feindlichen Gläubigern des Freihandels gehörten, gegen dieses handelspolitische Programm einige Bedenken erheben, will gegen den Ernst englischer Absichten wenig sagen; denn nirgends in der Welt vollziehen sich einschneidende Veränderungen mit solcher Einmütigkeit. Wenn es England und seinen Hilfsvölkern gelingen würde, die Mittelmächte auf die Knie zu zwingen, würde nicht daran zu zweifeln sein, daß das englische Kapital die Empfehlungen der Pariser Wirtschaftskonferenz in die Tat umsetzt, in jedem Fall wird England auch diese Ziele mit Zähigkeit verfolgen. Daß die gegenwärtigen Bundesstaaten Englands dabei nicht gut fahren würden, ist gewiß; denn Rußland, Frankreich und Italien erlitten schweren Schaden, wenn sie auf den Bezug deutscher Produkte verzichten müßten, da sie gute und billige Erzeugnisse deutscher Leistungsfähigkeit durch minder gute, aber minder billige Waren englischer Herkunft ersetzen müßten. Für England liegt darin der Zweck der Übung; denn es täuscht sich darüber nicht, daß es auf den entscheidenden Gebieten in einem freien Wettbewerb gegen Deutschland nicht zu liegen vermag; deshalb liegt es nahe, nach den Mitteln der Gewalt zu greifen, für die es seine Bundesgenossen zu begeistern versucht. Vor allem richten sich die Anstrengungen Englands auf die Erlangung einer den vorzuzugten Stellung auf dem großen asiatischen Markt, die naturgemäß schon infolge der geographischen Lage Deutschland zuliege, das sie auch trotz seiner industriellen und kommerziellen Überlegenheit zu verteidigen in der Lage ist. Lange vor dem Kriegsausbruch bereits ist in England daran gearbeitet worden, auch für seine wirtschaftlichen Interessen eine möglichst bequeme Anbahnstellung in Rußland vorzubereiten.

Es entspricht ganz der üblichen englischen Methode, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als Anbahnmaßnahmen wirtschaftspolitischer Projekte Deutschlands und Österreichs anzugehen. Die wirtschaftspolitische Annäherung und Bevorzugung Deutschlands und Österreichs verfallen die Schaffung eines größeren zusammenhängenden Wirtschaftskomplexes. Von England ist in dieser Hinsicht längst verwirklicht, es bildet mit seinen Kolonien die zu einem weitläufigen Teil sich zu fast selbständigen Tochterstaaten entwickelten, zusammen das größere Britannien. Ebenso bildet Rußland einen größeren Wirtschaftskomplex; die Vereinigten Staaten von Nordamerika bieten das gleiche Bild; ein asiatischer Wirtschaftskomplex ist unter Führung Japans in Bildung begriffen. Von aggressiven Wirtschaftsbündnissen Deutschlands und Österreichs kann nicht die Rede sein; die entgegenstehende Behauptung ist ein englischer Bluff, auf den wenigstens hier zu Lande niemand mehr hereinfallen sollte. Selbst die Leute, die den Gedanken einer mitteleuropäischen Konföderation sehr eng und naiv zu auffassen, daß die Zentralmacht vollständig innig verbunden sich selbst genügen und auf den Ueberlebenskampf verzichten könnten oder sollten, waren frei von aggressiven Tendenzen. Eine Sperre des Verkehrs mit Staaten, die jetzt unsere Gegner sind, über den Krieg hinaus, kam hier nie in Frage; es wird im Gegenteil gegenüber Mitteleuropäern seit langem fast von allen Seiten immer härter betont, daß die Bildung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes für seine Abperrung von der Weltwirtschaft bedeuten dürfte, sondern im Gegenteil uns erst in dem Stande setzen soll, unsere weltwirtschaftliche Stellung zu festigen und zu erweitern. Letztendlich beruht eine wirtschaftliche Bevorzugung Österreichs durch Deutschland und umgekehrt in keiner Weise gegen das Wesen des Weltwirtschaftskomplexes, das bis vor Kriegsausbruch nicht anders war, als einer langen Reihe von Handelsverträgen, in denen

das Meistbegünstigungsrecht gewährt wird, ist wie Genosse Max Schöpper, unlängst in den Sozialistischen Monatsheften an vielen Beispielen zeigte, die Subtilität von Sonderrechten an Dritte über die normale Meistbegünstigung hinaus vorgesehen. Dabei ist oft das Rand, das für die Einräumung einer Sonderstellung in Betracht kommt, im Vertrage nicht genannt. Es ist also der Weg zur Schaffung eines zwischenstaatlichen Zweckverbandes, wie ihn ein deutsch-österreichischer Wirtschaftsverband darstellen würde, in zahlreichen Handelsverträgen bereits vorgezeichnet.

Durch zwei Bundesratsverordnungen wurden im Monat Juni einschneidende Maßnahmen zur Regelung bestimmter Produktionsgebiete vorgenommen. Am 5. Juni erging eine Verordnung, durch die bis auf weiteres das Abtuen neuer Schächte und die Ausföhrung öflicher Vorkarbeiten hierzu in Palibergbaugruben verboten worden ist. Begründet wurde dieses Verbot mit dem Arbeitermangel im Bergbau und dem Fehlen einer wirtschaftlichen Notwendigkeit für Herstellung neuer Schächte. Schon das Kaligefeh vom Jahre 1910 hat eine Einschränkung von Neugründungen in der Kalidustrie bezweckt und bewirkt; aber der Umfang der Gründung neuer Palibergwerke blieb dennoch größer, als völkewirtschaftlich zwinischst war. Um die Kaliproduktion zu freigern, bedarf es auf lange Zeit hinaus keiner Neugründung; denn die bestehenden Palibergwerke arbeiten nur mit einem Teil ihrer Produktionskraft. Am 30. Juni wurde berichtet, daß der Bundesrat den Entwurf einer Verordnung über Beschränkungen des Abfahes und der Erzeugung von Zement angenommen hat. Mehrheit wurde in den letzten Wochen — auch an dieser Stelle — über Vorschläge gesprochen, durch staatliche Kontingentierung der Zementproduktion und Einführung von Kontingentierungsgeldern der wachsenden Lieferproduktion in voller Blüte stehen, verjüngten fe, neuen Weiberech durch Zahlung von Abfindungen und Aufkauf von Fabriken zu verhindern; dieses System brach nach einiger Zeit zusammen; es wurde immer wieder ohne Erfolg versucht; das Endergebnis war eine übermäßige Ausdehnung der Zementfabrikation. Um der Vergeudung von Arbeit und Kapital durch spekulative und überflüssige Neugründungen in der Kriegszeit Halt zu gebieten, bestimmt die Bundesratsverordnung, daß bis zum 1. Dezember 1916 der Abfah von Zementverträgen für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 verboten ist. Der Reichszinsler kann darüber hinaus Beschränkungen über den Zementvertrag anordnen. Weiter wird die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen sowie die Umwandlung bestehender Anlagen in Anlagen von Zement verboten; soweit die Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung vor dem (am Tage der Verkündung erfolgten) Inkrafttreten der Verordnung begonnen wurde, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Der Reichszinsler kann jedoch die Fortsetzung der Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung unterlagen. Den Eigentümern solcher im Bau befindlicher Anlagen obliegt die Fertigstellung, bis zum 15. Juli dem Reichszinsler von solchen Arbeiten Anzeige zu machen und auf Erfordern Auskunft zu geben. Von der Verbotsbestimmung können Ausnahmen zugelassen werden. Die Ausübung der nach der Bekanntmachung dem Reichszinsler zustehenden Befugnisse wird einer besonderen Dienststelle, der Reichsstelle für Zement, übertragen werden.

Nach offizieller Angabe bezweckt die Verordnung, im nationalen Wirtschaftsinteresse schädliche Konkurrenzlämpfe während des Krieges zu vermeiden; ihre volkewirtschaftliche und durchaus erfreuliche Wirkung geht, wie oben angedeutet, über diesen Rahmen hinaus.

Julius Kallisi.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 17. bis 22. Juli gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Juni: Kaiserlautern M. 4, Apolda 36,17, Oldenburg 40,25, Waldenburg 25,10, Mühlhausen i. Elb. 32,20, Jöhnde 14,26, Garburg 55,52, Gannau 7,90, Bremerhaven 80,99, Dessau 10,55, Brandenburg 41,04, Königsberg 67,10, Weifenfels 13,82, Regensburg 128,22, Almburg 32,04, Passau 6, Halberstadt 26,55, Bad Reichenhall 27,20.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: F. M. Böhndorf M. 12, A. G. Wismar 8, W. S. Schley 16.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Offen M. 12.

Der Hauptkassierer, D. Freitag.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk München. Georg Schnell, Bäcker, 24 Jahre alt, gefallen. Max Ziegler, Bäcker, 23 Jahre alt, gefallen. Korbinian Neumeier, Bäcker, 31 Jahre alt, gefallen. Jacob Meiler, Bäcker, 22 Jahre alt, gefallen. Karl Kaiser, Konditor, 22 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohabewegungen und Streiks.

Leuerungszulagen in Genossenschaftsbäckerien.

Die „Befreiung“, Elberfeld, hatte im April beschloffen, vorläufig bis August eine Leuerungszulage von M. 1,25 pro Woche zu zahlen. Ein neuer Beschluß besagt, daß sie jetzt einen halben Wochenlohn an alle Angehörige zahlen werde. Da die laufende Zulage unannehmlich gering in Vergleich kommt, legt unser Berichterstatter nicht.

Die Verwaltung des Spar- und Konsumvereins Eiberg hat auf Ersuchen unserer Suttogarter Bezirksleitung beschloffen, den Bäckern pro Mann und Woche eine Leuerungszulage von M. 1,50 zu gewähren.

Aus Mitteleuropäischen Bäckereien.

Bäckerei.

Der Jahresabschluss des Innungsverbandes „Germania“ wurde vor einiger Zeit veröffentlicht, nachdem die anfangs Mai stattgefundene Sitzung des Gesamtvorstandes den Geschäfts- und Kassenbericht entgegengenommen hatte. Die Einnahmen stellten sich, einschließlich eines kleinen Vortrages, auf M. 54.809,46 und weisen als Hauptposten M. 28.212,40 für Beiträge zu 40 % von 70.531 Mitgliedern auf. Daneben kommen in der Hauptfache Rabatüberweisungen von vier Versicherungsgesellschaften in Höhe von zusammen M. 17.892,22 und M. 5944,95 Bitten in Frage. Die Ausgaben (M. 40.468,41) sind bis auf M. 10.000, die an die Kriegshilfskassen überwiesen wurden, und M. 3650, die zur „Hebung und Förderung des Handwerks“ (ein in der Praxis des „Germania“-verbandes familiär sehr, sehr ausgedehnter Begriff!) verwendet worden sind, rein verwaltungsmäßig Natur. Die Bilanz schließt mit einem Gesamtvermögen von M. 149.641,05 ab.

Man sieht, große Latten werden dem einzelnen Mitgliede für die mancherlei Vorteile wirtschaftlicher Art, die die Innungsangehörigen in sich schließt, nicht angedreht. Es sind ganze vierzig Pfennige das Jahr! Über die Kraft der einzelnen Innungen als Arbeitgeberorganisation beruht nicht auf diesen Einnahmen des Gesamtverbandes; sie wird in der Hauptfache genährt durch die Zuwendungen des Gemeinwerts, über die in ihrer Gesamtheit öffentlich nicht gemeldet wird.

Erwähnt sei noch, daß bereits über 800 Mitglieder des Innungsverbandes gefallen sind. Man kann hierbei annehmen, daß damit die Zahl der insgesamt gefallenen Innungsmeister ziemlich übereinstimmt, wenigstens nicht beträchtlich überschritten sein wird; denn es werden natürlich bei dieser Organisation die Verluste wohl fast ausnahmslos gemeldet, während bei unserer nicht das gleiche eintritt.

Sozialpolitisches.

Für Kriegsbefähigtenfürsorge. Einen wichtigen Beitrag für die Befähigung Kriegsbefähigter hat der Stadtrat von Freiburg i. B. für Vergebungen von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt gefast. Zu den bestehenden Bestimmungen für öffentliche Lieferungen und Arbeiten wird folgender Zusatz gemacht: „Unternehmern, die sich ohne hinreichenden Grund weigern, Kriegsbefähigte einzustellen, oder ihnen keine angemessene Entlohnung gewähren, sollen öffentliche Arbeiten oder Lieferungen nicht übertragen werden.“

Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische arbeitsstatistische Bureau veröffentlichte vor kurzem eine Zusammenfassung seines Berichtes über Arbeitsverhältnisse der weiblichen und jugendlichen Lohnarbeiter der Vereinigten Staaten („Conditions of Women and Child Wage Earners in the United States“). Die 19 Bände des ursprünglichen Berichtes wurden während der Jahre 1910/12 herausgegeben.

Die Nachforschungen umfassen über 335.000 Personen, von denen ungefähr 50 pSt. Arbeiterinnen jugendlichen Alters sind. In drei industriellen Gruppen (Baumwollgruppe, Glasindustrie und Kammgarnweberei) waren mehr als zwei Drittel der weiblichen Angestellten unter 20.

In den Familien, aus welchen diese Industrien ihre weiblichen Arbeitskräfte beziehen, ist die industrielle Beschäftigung der jungen Mädchen so gut wie allgemein. In den vier intensiven Nachforschungen unterzogenen Familien ergab es sich, daß von 5000 Familien 82 bis 98 pSt. die Töchter von 16 Jahren und darüber zur Arbeit in die Fabriken schickten, und daß von 80 bis 95 pSt. aller Mädchen dieser Altersgruppe Lohnarbeiterinnen sind.

Die Nachforschungen schafften das bemerkenswerte Resultat zutage, daß die den Frauen bezahlten Löhne in den meisten Fällen zu einer nur einigermaßen genügenden Lebenshaltung nicht ausreichten. Ein großer Prozentsatz der Frauen unter 18 Jahren verdiente weniger als 6 Dollar pro Woche.

Kinder wurden in ausgedehntem Maße beschäftigt. Unter ihnen befanden sich viele, die das vorgezeichnete Alter noch nicht erreicht hatten. In einer Anzahl von Fällen wurde das diesbezügliche Gesetz übertreten.

Zeit der Veröffentlichung des Berichtes hat sich in bezug auf die Arbeitsbedingungen der Frauen und jugendlichen Arbeiter manches verändert. Damit der mannigfachen sozialen Gesetzgebung ist eine allgemeine Besserung zu verzeichnen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Buchbinderverband im Jahre 1915. Die Mitgliederbewegung war, wie in allen übrigen Verbänden, leider eine rückläufige, veranlaßt durch die Einberufungen zum Heere (rund 8000 Mitglieder), aber auch durch die Arbeitslosigkeit und zum Teil nicht zu leugnende Unbefähigkeit der weiblichen Mitglieder. Am Schluffe des Jahres zählte der Verband 6283 männliche und 10.722 weibliche, zusammen 17.005 Mitglieder, gegen 10.816 männliche, 12.685 weibliche und insgesamt 23.501 Mitglieder Ende 1914.

Die Einnahmen der Verbandskasse gingen selbstverständlich erheblich zurück. Allein bei den Mitgliederbeiträgen sank die Einnahme um M. 213.344; sie belief sich auf nur M. 374.524. Die gesamten Einnahmen der Verbandskasse, ausschließlich der örtlichen Einnahmen der Zahlstellen und Gau, beliefen sich auf M. 438.488. Von der Gesamtansgabe von M. 298.878 ist die Arbeitslosenunterstützung mit M. 77.250 hervorragend. Die Gau- und Zahlstellenkassen vorausgesehen außerdem für Unterstützungen mancherlei Art M. 69.419. Das gesamte Vermögen des Verbandes betrug am Jahreschluffe M. 319.651. Gegenüber dem Vermögensstand von 1914 ist das eine Zunahme des Verbandsvermögens von M. 260.645.



Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Table with 3 columns: Year, M., and K. (likely currency or units). Rows for 1918, 1919, and 1920.

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Der Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Die Arbeiter- und Soldatenrat... Die Arbeiter- und Soldatenrat...

Advertisement for 'Spätkostens am 29. Juli' with details about the event and location.

Advertisement for 'Mitglieder- beim. öffentliche Versammlungen'.

- List of dates and locations for public meetings: Sonntag, 30. Juli; Montag, 1. August; etc.

Advertisement for 'Anzeigen' (Advertisements).

Advertisement for 'Nachruf' (Obituary) for Georg Schnell, Max Ziegler, Korbinian Neumeier, Jakob Meiler, and Karl Kaiser.

Advertisement for 'Nürnberger Bäcker- und Konditoren-Gewerkschaft'.

Advertisement for 'REIDL'S BACK PULVER' (Baking powder) with a logo and pricing.



Den Arbeitern... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

Der... Die... Die...

Table with 2 columns: Year (1914, 1915, 1916) and values (e.g., 2771494, 2688486).

Die... Die... Die...

Der... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Spätestens am 29. Juli... (90. Juli bis 5. August) süßig.

Mitglieder- bzw. öffentlicher Versammlungen

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...

Die... Die... Die...